

Sollten Fragen rufen, sieh mich an ...

■ ■ Eigener Bericht [A]

■ Als mir vor einigen Tagen »meine« persönliche Beraterin, eine freundliche Mitarbeiterin einer öffentlich-rechtlichen Bank, erklärt hat, weshalb aus Gründen der Sicherheit sie im Namen ihres Instituts – versteht sich – alles mögliche über meine Verhältnisse wissen müsse, nicht über eigentlich meine, gewiß nicht, nur über meine als Geschäftspartner, nicht ihrer – versteht sich, der ihres Instituts selbstverständlich, aber sie ihrerseits damit nicht dienen könne, weil nämlich »meine« Firma anders als ihre nicht öffentlich-rechtlich sei und auch nicht mündelsicher, war ich einigermaßen verwirrt. Ich habe mir erklären lassen, daß im Falle einer Pleite meinerseits – also nicht von mir selbst selbstverständlich – die Öffentlichkeit nicht für den Schaden der Bank aufkomme wie umgekehrt, wo ich als Öffentlichkeit – im Falle einer Pleite der Bank – mir den Schaden gewiß ersetzen würde, den ich möglicherweise als Privatmensch erleiden könnte, also ganz sicher sei und deshalb auch nichts weiter zu wissen brauche über die Bank, ihren Aufsichtsrat, ihren Vorstand oder gar über die leitenden und geleiteten Angestellten; denn ich wüsste ja in jedem Fall, woran ich sei, weil der Unterschied

zwischen mir als Privatmensch und mir als öffentlichem Mensch für mich kein Geheimnis berge, ich in diesem besonderen Fall sogar einen Vorteil hätte gegenüber anderen (Menschen), da mir öffentlicherseits privat mehr »ersetzt« würde, als mein privater Anteil an dem öffentlichen Schaden ausmache.

Ehrlich gesagt, abschließend kann ich das nicht beurteilen, da mir die Angestellte freundlicherweise Auskunft über die relevanten Vermögensverhältnisse anderer (Menschen) nicht geben zu können bedauerte. Sie versicherte mich aber, ihre Bank überprüfe das in jedem Fall, wie ich augenblicklich erfahre, und sei so ziemlich zuverlässig unterrichtet, wodurch folglich auch Bankenpleiten beispielsweise verursacht durch faule Klein-Privat- und -Geschäftskredite, jedenfalls die ihrer Bank, eigentlich ausgeschlossen seien. Ich muß hinzufügen, daß ich in keinem Fall Kredit habe von der Bank, sondern diese mein Geld, indem sie es gebührend, gegen Gebühren verwaltet, was aber nur ein Ausdruck ist, der etwas anderes ausdrückt, da »Gebühren« die Erstattung von Aufwand oder Kosten bedeuten, also keinen Gewinn, keinen Mehrwert und keine Mehrwertsteuer beinhalten wie im Durchschnittsfall die Preise für Waren und Dienstleistungen etc.

Zu meinem Identitätsproblem, das ich habe, weil »meine« Firma nicht meine Firma ist, also ich wohl zu dieser Firma gehöre, diese aber weder zu mir noch mir – von welchem die freundliche Angestellte wohl durch interne Schulungen ihrerseits befreit ist – habe ich, ohne genau zu wissen, wie ich dazugekommen bin, inzwischen auch ein Legitimationsproblem, nämlich über mein Vermögen verfügen zu können, jedenfalls soweit es mittels dieser Bank geschehen soll. Wohl gemerkt, es handelt sich um mein Vermögen, sagen wir Geld, das mir wirklich selbst gehört und so mit Fug und Recht meines genannt zu werden verdient, da ich es über die Jahre redlich verdient habe, dies mehrfach von verschiedenen formal voneinander unabhängigen Seiten geprüft wurde, angefangen von »meinen« Arbeitszetteln bis hin zu »meinen« Wochenberichten, Quartalsberichten und Bilanzen, nicht zu vergessen »meine« Steuerklärungen, zu denen ich ein zu diesen Zwecke behördlicherseits zugelassenes käufliches Organ gegen entsprechende Rechnungsstellung beauftragt habe, den amtlichen Prüfungen dieser von amtlich zugelassenen Experten erstellten Einkommens- und Vermögensnachweisen sowie den Prüfungen »meiner« Firma durch verschiedene Behörden usw. usf. Die Legitimation

wird brieflich von mir verlangt »aufgrund gesetzlicher Bestimmungen«, die mir nicht genannt werden, und soll in der Fotokopie von amtlichen Papieren bestehen, und zwar von Vorder- und Rückseite – dem grauen Einband – eines Personalausweises, den als »meinen« zu bezeichnen mit dem eingedruckten Vermerk kollidiert, dieses Stück Dokument sei Eigentum der Bundesrepublik Deutschland.

Es sollte gesagt werden. Die zugrunde liegenden Geschäftsbeziehungen aller beteiligten natürlichen und juristischen Personen bestehen seit Jahrzehnten. Bis zu den erwähnten Vorfällen waren sie weitgehend reibungslos.

Wie dieser Zeit, nämlich in »Die Zeit« zu lesen war, »muss« im »Wagnis ohne Alternative«, in dem »die Wirtschaft neuen Regeln (folgt) – Deutschland sich anpassen. Ein Bündnis für die neue Wirtschaft könnte viel erreichen«. Wenn gleich ich nicht unterstelle, daß die geleiteten Angestellten einer kleineren Bank ihren Tag mit dem Lesen so umfangreicher Wochenzeitungen wie der genannten verbringen, alles verstehen oder gar befolgen, was da steht, ist die Kenntnis (seitens der handelnden Angestellten) des genannten Artikels dennoch nicht vollkommen unwahrscheinlich, er füllte immerhin die halbe Titelseite der Ausgabe 8 des 55. Jahrgangs.

Seine Auswirkung auf das mir gegenüber gezeigte Verhalten – verblüffend ähnlich dem im Artikel gegebenen statement: »die junge Generation verinnerlicht ihre Regeln« – oder auf die mit mir geführte Korrespondenz kann aber wegen der zeitlichen Reihenfolge ausgeschlossen werden. Dabei wäre das, was mir bis heute als letzter Satz seitens der Bank zugegangen ist – eigentlich eine Standardphrase wie »wir beglückwünschen Sie zu Ihrer Entscheidung« oder »wir freuen uns, Sie als neuen Kunden begrüßen zu dürfen« – die praktische Nutzenanwendung, das Konkrete des verabreichten Surrogats.

Wenn Fragen h a b e n rufen, Sie mich an. (Wegen der bei und heutzutage gebräuchlichen doppelten Buchführung will ich für fachlich Interessierte das Gegenkonto nicht unerwähnt lassen: »Wenn Fragen s o l l rufen, sieh mich an«.)

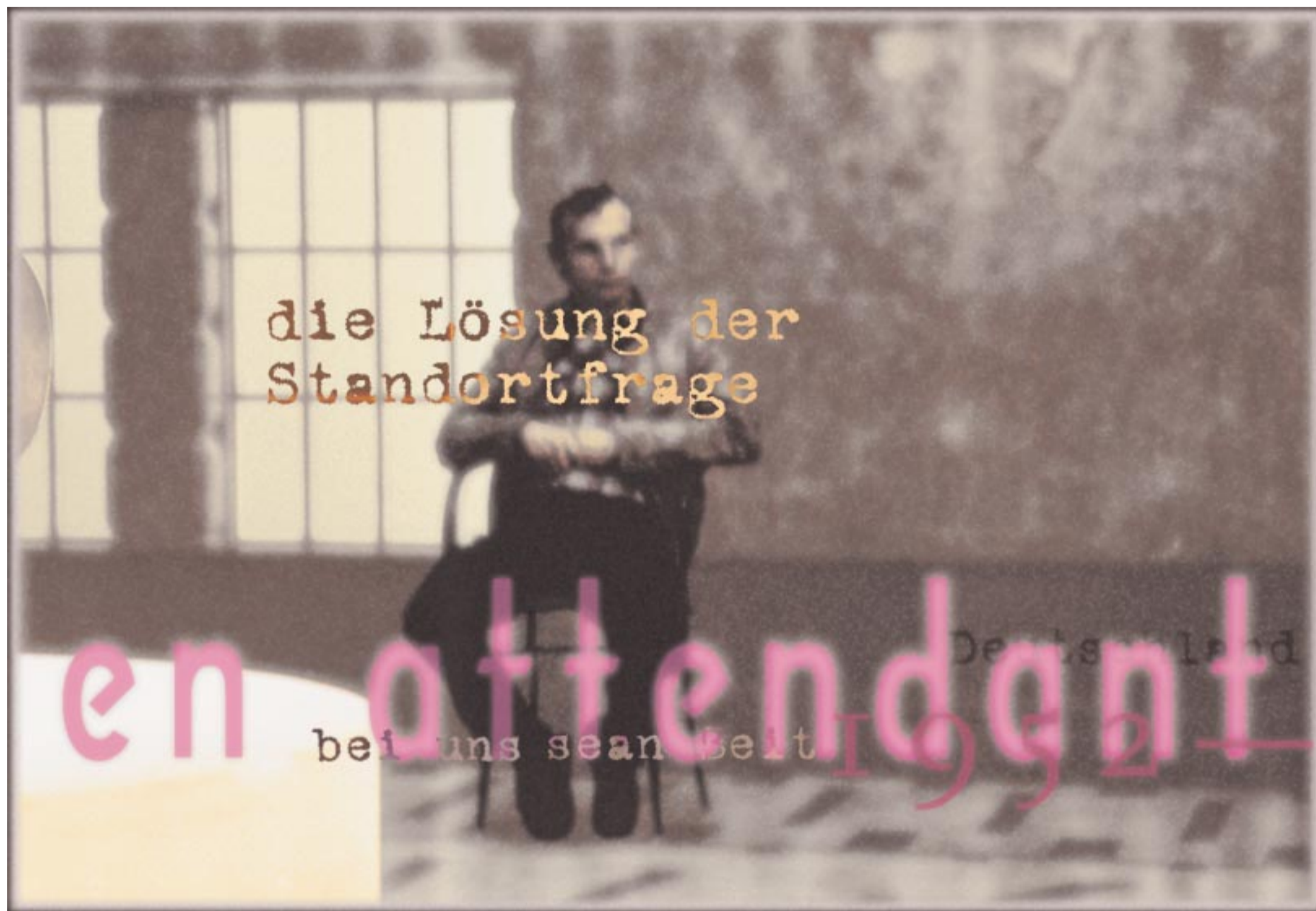
Ich habe mich vergewissert. Die schreibende Person ist muttersprachlich deutsch, sie ist auch keine, wie es früher hieß, volksdeutsche, sondern eine, die im deutschen Vaterland mit seiner deutschen Muttersprache groß geworden ist, die deutschen Bildungseinrichtungen besucht und es wenigstens zu einem mittleren Abschluß gebracht hat. Eine Erklärung, wie etwa es handle sich um Schreibfehler, ist da zu einfach, schon weil die unterstellte Standardphrase schriftlich öfter vorkommt als der eigene Name, den nicht schreiben zu können doch ein sprichwörtliches Argument ist.

Zudem hat dieser Satz einen Sinn. Fragen in Bankkreisen rufen »haben« und nicht etwa: Hallo (άλλο), wie geht's? oder etwas ähnliches, das gar nichts mit Banken zu tun hat.

Ich wundere mich zwar, daß Fragen rufen, da diese nach meiner bisherigen Kenntnis und Erfahrung sich eher passiv verhalten, gestellt und beantwortet werden oder auch nicht. Ich kann mir sogar vorstellen (imaginieren), daß Fragen laut gestellt werden, richtig laut, also gerufen. Die Darstellung einer Frage als tätiges Subjekt dagegen ist mir neu. Das will aber nicht viel heißen, wie ich schon bei meinen Schwierigkeiten mit mein und dein weiter oben habe einsehen müssen. Mein heißt nicht unbedingd mein. Es kann auch nicht mein bedeuten oder daß ich dessen bin, das ich als mein, meine, meines bezeichne.

Ganz und gar überwältigt war ich jedoch von dem, was Fragen vermutlich (»sollten«) demnächst rufen werden: »haben«, und daß sie es an der Schnittmenge des Ortes ihrer selbst, dem der schreibenden Bankperson und meines tun werden. Und dann der verblüffende Rat, die einfache Forderung, der familiäre Ton: »sieh mich an«. So etwas schafft Vertrauen.

Da sind die Schulungsplaner, Schulungsleiter und Geschulte der Finanzdienstleister und ihrer als Institute bezeichneten Firmen der Zeit weit voraus. Da kann selbst U. J. Heuser (Die Zeit) etwas lernen zu dem, was er weiß, noch dazu. Das Potential für höhere Produktivität ist noch lange nicht erschöpft. Und, füge ich hinzu, wird auch niemals zu und in keiner Zeit erschöpft werden, egal wieviel er und andere auch schöpfen mögen und wie sehr sie andere und sich dabei erschöpfen. ■



von abhängig (Cliques) ganze Reihen einander ähnlicher Gesetzesbrüche, teils auf höchster staatlicher Ebene, anscheinend begünstigt hat, andere auf der anderen, von solcherlei schweren öffentlich gewordenen Verfehlungen bis heute bewahrt, daneben Staatsanwaltschaften und – in diesem besonderen Fall, juristisch: Fällen, nicht unbedeutend – das Wahlvolk.

Auch die Lobby ist betroffen. Schließlich will man etwas haben für seine Bemühungen, Unterstützungen, Förderungen, man braucht im Sinne der Absicht zweckmäßige Werkzeuge. Der Verlust dieser Werkzeuge ist meist ein schlimmerer Schaden als ein Strafbefehl an einzelne und somit austauschbare Individuen. Einer erfolgsgewohnten Lobby nützt daher die Abwendung staatsanwaltlicher Ermittlungen wenig; denn das Werkzeug ist nicht diese oder jene Partei oder Person. Es ist das System der politischen Willensbildung. Es besteht die Gefahr, daß nicht die als Partei- oder andere Spenden deklarierten Schmiergelder in Verruf geraten bzw. die Personen oder Organisationen, die sie erhalten oder gegeben haben oder geben oder erhalten, sondern das, was und wovon

geschmiert wird, beispielsweise der Waffenhandel, das Waffengeschäft, um etwas Einfaches zu nennen, oder schlimmer, übergesetzliche Regelungen wie das vor kurzem gescheiterte MIA (Multilaterales Investitionsabkommen, am. MAI) und seine Nachfolgeregelungen o.ä. Es ist klar, das Ziel ist die Steuerung des politischen Prozesses im Sinne eines Sonderinteresses (Lobby), was die Koexistenz verschiedener Sonderinteressen ja nicht grundsätzlich ausschließt. Die Einflußnahme auf Regierung und Gesetzgebung ist jedoch nur ein Teil des Geschäfts. Störungen entstehen nicht nur, wenn kommunistisch aufgehetzte Massen insubordinieren. Das läßt sich regeln, wie viele Beispiele belegen, Älende und Chile seien genannt oder Nicaragua, welches letzteres von Fachleuten der U.S.-Dienste oft als Erfolgsstory zitiert wird. Was aber soll man tun, wenn die Angelegenheiten »russisch« aus dem Ruder laufen? Am besten ist wohl, soweit kommt es nicht. Vorsicht ist geboten, bevor Dormröschchen einschläft.

Insofern ist auch der etwas einseitige Einwand gegen »You can fool some people« nicht stichhaltig.

Die neuerdings öfter angebotene »Entschuldigung«, man habe sich wohl etwas dumm angestellt, es sei dumm gelaufen, dumm dumm, man sei aber sonst wie bisher »ein Ritter der Königin«, denn letztlich diene alles einem guten Zweck, ist eine alte Variante. Daß es keinen Verbrecher gibt, der nicht nach seiner Sicht der Dinge gute Gründe für sein Verhalten angeben kann, wurde schon früher festgestellt (Hegel) und steht ebenso im Raum wie daß gut ist, was die Guten tun (Nietzsche). Da soll man aufpassen, wo man hingestellt wird, und sich nicht einfach so hinstellen lassen.

Dieser Vortrag der Verteidiger bzw. die Unterstellung seiner trefflichen Wirkung gründet auf der Annahme, die Mißachtung oder Schädigung des Gemeinwesens zugunsten eines privaten, eines besonderen Interesses sei weitgehend akzeptiert, da es dem Prinzip der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse entspreche.

Die Teilnahme weiter Kreise der Bevölkerung am politischen Staat ist beschränkt oder beschränkt sich auf eine »Stimmabgabe« bei Gelegenheit. In ihrem Alltag verhalten sich die »Staatsbürger« eher als »Schmähchenjäger«, die

bei Vorteilsnahmen – auch gegen das Gesetz – weniger dessen Verletzung fürchten als vielmehr die Entdeckung ihres Verhaltens und den nachfolgenden individuellen Schaden. Es ist nicht »ihre« Gesetz, das verletzt wird. Aber sie sehen es nicht gern, wenn sich jemand – und schon gar nicht ihre Repräsentanten – dumm dabei anstellt.

Es gibt, so gesehen, ein quasi natürliches Verständnis für den Sachverhalt der illegalen Bereicherung, das genutzt werden kann, indem das öffentliche Auftreten in Geste und Formulierung entsprechend angepasst wird, mit deutlichem Profil selbstverständlich.

Die Farbe spielt eine nur sehr untergeordnete Rolle. Das Plakat – weit verbreitet – hätte zur Klärung vor der Entdeckung beitragen können und so geholfen, den harten crash, das überraschend Plötzliche überraschend anders zu vermeiden, wie der Zufall einer steuerlichen Ermittlung ein eigentlich noch nicht einmal vergessenes – dazu hätte man es wohl kennen oder gesehen haben müssen – Wahlplakat erneut in die Schlagzeilen bringt. ■

H. Schmidd

lebt seit seiner Geburt und beschäftigt sich, wenn er einige Zeit nichts anderes zu tun hat, mit bildartigen Darstellungen, wobei er Texte wie Bilder behandelt, auch im Wortsinn, und mit Bildern schreibt wie im alten Ägypten. Es gibt seiner Meinung nach zwar einen beachtlichen Teil struktureller und partieller Alphabete, aber ebenso erstaunlich findet er das neohieroglyphische Vermögen der Zeitgenossen.

Er besitzt keine spezifische Ausbildung, hat bei niemandem studiert und bisher nirgendwo ausgestellt. Über ihn wurde nichts geschrieben, und niemand, dessen Namen irgendwie bekannt ist in dieser Welt, hat jemals ein Wort über ihn oder seine Arbeiten von sich gegeben.

Unsere Möglichkeiten, diese Figur vorzustellen, sind also beschränkt. Daß wir es dennoch wagen, zeigt unsere Zuversicht. Wir gehen nämlich davon aus, daß die ihm bisher widerfahrene Ignoranz sich fortsetzt, daß unsere eigenen Produkte ähnlich rezipiert werden. ■